



Deutsches Institut für
Demokratie
und Entwicklung



Warum Deutschland Waffenexporte nach Saudi-Arabien und in die VAE stoppen sollte Jemen als Fallstudie

DIDE Research Department



Mars 2021

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
EINLEITUNG	7
RÜSTUNGSINDUSTRIE IM LAND	8
Genehmigte Sendungen	9
Waffenexporte in die VAE (Jemen Krieg Kontext)	<u>9</u>
DEUTSCHE REGIERUNGSPPOSITION ZUM EXPORT IM LEICHTGEWICHT DES LANDKRIEGES	13
Waffenexport ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND VAE VON 2010 BIS 2021.....	14
AUSWIRKUNGEN AUF DIE DEUTSCHE EXPORTPOLITIK	15
Schlussfolgerungen	16
EMPFEHLUNGEN	17
VERWEISE	21



Geschrieben und überprüft von:



Edo Schoone, Edo Schoone, Kommunikationsdirektor, MA of Laws im öffentlichen und internationalen Recht



Joke Sas, Advocacy und Rechtsdirektor, MA - internationalem und europäischem Recht



Zusammenfassung

Der Verkauf von Waffen und verwandten Technologien ist weltweit eine der politisch umstrittensten und ethisch umstrittensten Formen des Handels. Innig verbunden mit der Aufrechterhaltung repressiver Regierungen und Verletzungen der internationalen Menschenrechte und des humanitären Rechts sind Waffenexporte auch ein zentrales Element der Wirtschafts- und Strategiepoltik der Regierungen aller großen Industriestaaten. Sie waren auch die Quelle reichlicher Korruption und ernsthafter Herausforderungen für die Normen und die Wirksamkeit der verfassungsmäßigen Rechenschaftspflicht in demokratischen Staaten. Auf dem Papier ist der Waffenhandel stark reguliert: Es gibt nationale Rechtsvorschriften und internationale Verträge, die bestimmte Transaktionen verbieten und andere einschränken sollen. Doch trotz seiner Bedeutung, rechtliche und internationale Beziehungen Stipendium zu diesem Thema ist überraschend begrenzt.

Nach dem Kalten Krieg standen die verheerenden Auswirkungen der weit verbreiteten bewaffneten Gewalt, insbesondere in Situationen der Armut und der extremen Ungleichheit, im Vordergrund der Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft. Anfang bis Mitte der 90er Jahre wurden zur Bekämpfung der Verbreitung konventioneller Waffen mehrere Leitlinien oder Grundsätze für Waffentransfers zwischen Gruppen von Ländern, zu denen einige der größten Waffenexporteure gehörten, entwickelt. Die Ständigen fünf (P5) Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und Deutschland waren in den Jahren 1993-1997 die sechs führenden Lieferanten großer konventioneller Waffen.

Das Risiko von Menschenrechtsverletzungen in einem Empfängerland war einer der Gründe für viele Lieferländer, eine restriktive Politik des Waffentransfers zu verfolgen. In Anerkennung der Tatsache, dass die Verbreitung von Waffen ein globales Problem ist, forderten die Vereinigten Staaten die P5-Länder auf, sich auf hochrangigen Ebenen zu treffen, um die Festlegung von Leitlinien für den Transfer konventioneller Waffen zu erörtern. Trotz der Zusage der P5 im Jahr 1991, eine Reihe von "Leitlinien für konventionelle Waffentransfers" auszuarbeiten, die eine Reihe von Kriterien für waffenüberweisende Waffen enthielten, führten schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten dazu, dass der P5-Prozess 1992 beendet wurde.

1991 wurde das Register der Vereinten Nationen für konventionelle Waffen als wichtigster internationaler Mechanismus zur Förderung von Vorhersehbarkeit und Transparenz im konventionellen Waffenhandel eingerichtet. 1997 wurde ein internationaler Verhaltenskodex für Waffentransfers eingeführt, der von einer Gruppe von Friedensnobelpreisträgern unter der Leitung von Dr. Oscar Arias, dem ehemaligen Präsidenten von Costa Rica, entwickelt wurde. Mit Westeuropa als zweitgrößter Rüstungsexportregion hat die Europäische Union 1998 als erste Gruppe von Staaten einen regionalen Verhaltenskodex für Waffenausfuhren akzeptiert.

Der illegale Handel war insbesondere in Afrika, Lateinamerika, im Pazifik raumundasien ein Thema. 1999 zeigte eine Studie des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK), dass die unregulierte Verfügbarkeit von Waffen ein wichtiger Faktor für das zivile Leid während und nach bewaffneten Konflikten und vermehrten zivilen Opfern ist. Solange Waffen zu leicht verfügbar wären, würden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte eher auftreten, und die Bereitstellung humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe würden behindert. In einem Bericht der Small Arms Survey aus dem Jahr 2003 wurden Tod, Verletzungen, Menschenrechtsverletzungen, humanitäres Völkerrecht, Vertreibung und wirtschaftlicher Zusammenbruch in Fidschi, den Salomonen und Papua-Neuguinea auf die Verfügbarkeit konventioneller Waffen zurückgeführt.

In diesem Bericht konzentrieren wir uns auf deutsche Rüstungsexperten im Nahen Osten, mit Jemen-Konflikt als Fallstudie.

Zuvor hatten sich deutsche Oppositionsabgeordnete und Aktivisten empört, aber wenig überrascht über frühere Enthüllungen geäußert, dass deutsche Waffen im Jemen eingesetzt werden. Die deutsche Regierung beharrt jedoch darauf, dass sie keine Beweise dafür hat. Der offensichtliche Verstoß gegen die deutschen Rüstungsexportkontrollbestimmungen durch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, der am Dienstag von der DW und anderen Nachrichtenagenturen aufgedeckt wurde, hat wütende Reaktionen von Oppositionspolitikern und Anti-Waffen-Handelsaktivisten hervorgerufen. Deutschlands politische Richtlinien zu Waffen sehen vor, dass, wenn ein Endnutzer-Zertifikat verletzt wurde, keine weiteren Lizenzen an diesen Käufer ausgestellt werden können, "bis er sicherstellt, dass zukünftige Endnutzerzertifikate eingehalten werden, Aber es scheint solche Regeln zu sein, die in Nahostkriegen wie dem Jemen-Konflikt ignoriert wurden.

Laut DW hat die deutsche Regierung seit 2019 Waffenexporte im Wert von über 1 Milliarde an Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Koalition genehmigt, die gegen Houthi-Rebellen im Jemen kämpfen. Kritiker sagen, dass dies die Kämpfe verschärft. Im Jahr 2019 gab die deutsche Regierung grünes Licht für Rüstungsexporte in die VAE im Wert von mehr als 257 Millionen Euro. Dagdelen said this had exacerbated the war in Yemen, which has been raging for five years now. "Die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien sind schuld an der größten humanitären Katastrophe unserer Zeit", sagte sie. Dagdelen hat Deutschland aufgefordert, die Waffenexporte in die Vereinigten Arabischen Emirate sofort einzustellen.

Im 2008 angenommenen Gemeinsamen Standpunkt der EU heißt es eindeutig, dass es keine Waffenexporte geben sollte, wenn die "klare Gefahr" besteht, dass solche Waffen zur Begehung "schwerwiegender Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht" verwendet werden, was für das Vereinigte Arabische Emirat der Fall sein könnte.

Human Rights Watch hat Dutzende von Angriffen der von Saudi-Arabien und Emiraten angeführten Koalition dokumentiert, die gegen die Gesetze des Krieges verstoßen, von denen viele Kriegsverbrechen darstellen. Viele wahllose und unverhältnismäßige Luftangriffe haben Tausende von Zivilisten getötet und verwundet, von denen viele Kinder waren. Zivile Gebiete wie Märkte, Häuser, Hochschulen und Krankenhäuser wurden ins Visier genommen.

Der bewaffnete Konflikt hat einen schrecklichen Tribut an die Zivilbevölkerung des Jemen gefordert, und alle Parteien haben massiv gegen die Kriegsregeln verstoßen. Dies hat sich in dem verschärft, was viele globale Organisationen als die größte humanitäre Katastrophe der Welt bezeichnet haben. Viele Jemeniten stehen vor dem Hungertod, Millionen werden vertrieben. Die Koalition hat wiederholt versprochen, die Zahl der zivilen Verletzungen bei künftigen Militäroperationen zu mindern. Es wurden jedoch keine Verbesserungen bei der Zielwahl oder der Fähigkeit zur Beurteilung ziviler Verletzungen festgestellt. Die Koalition hat es nicht nur nicht geschafft, den Verstößen ein Ende zu setzen, sondern auch die Ermittlungen zu den mutmaßlichen Kriegsverbrechen. Der fragwürdige Untersuchungsmechanismus ist nichts anderes als eine Front, die Gräueltaten vertuscht.

Das Europäische Parlament hat eine EntschlieÙung angenommen, in der alle Mitgliedstaaten aufgefordert werden, alle Waffenverkäufe an Saudi-Arabien auszusetzen. Österreich, Dänemark, Finnland und Norwegen (als Mitglied des EU-Wirtschaftsraums) haben Waffenverkäufe angeblich gestoppt. Das Vereinigte Königreich und Frankreich haben jedoch nicht aufgehört. Die beiden mächtigen Staaten sind nach wie vor wichtige Waffenexporteure nach Saudi-Arabien.

Der britische Außenminister hat das Vorgehen Deutschlands kritisiert, während er sich entschieden hat, die jüngsten Erkenntnisse eines gbÄuz-Parlamentsausschusses zu ignorieren, wonach das Vereinigte Königreich beim Verkauf von Waffen an SA gegen seine eigenen Exportlizenzen verstößt. In Deutschland hat sich die Einigung zwischen den Regierungsparteien CDU/CSU und SPD gut entwickelt. Das Waffenverkaufsverbot - das alle Verkäufe an Saudi-Arabien beendete - kam nach der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi durch eine saudische Mission in der Türkei im Oktober 2018 zum Erfolg.



Durch die Fortsetzung ihrer Waffenverkäufe an SA, trotz der saudischen Gräueltaten, die im Jemen begangen werden, riskieren Frankreich und das Vereinigte Königreich, an schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsregeln mitschuldig zu werden. Es sendet auch die Botschaft aus, dass wirtschaftliche Interessen das Leben unzähliger jemenitischer Zivilisten überwiegen. Während Frankreich und Deutschland sich auf eine gemeinsame Präsidentschaft im UN-Rat vorbereiteten, versprach der französische Außenminister Jean-Yves lupus Drian neben seinem deutschen Amtskollegen Heiko Maas, für multilateralen Dialog in "Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht zu sorgen, das wird täglich in der ganzen Welt verwendet". Angesichts schwerer Gesetzesverstöße der Koalition an SA weiter Waffen zu verkaufen und Deutschland zu drängen, seine Entscheidung, Waffenverkäufe auszusetzen, rückgängig zu machen, steht dieser Verpflichtung in eklatanter Weise zuwider.

"Wir haben aufgrund unserer Geschichte gute Gründe, außerordentlich strenge Waffenexportregeln zu erlassen", sagte Merkel kürzlich. Deutschland muss sich an seine Prinzipien halten und kann sie nicht um des Profits und der Argumente seiner internationalen Verteidigungsgemeinschaft willen kompromittieren. Das Leben und die Existenzgrundlage der Zivilisten steht im Jemen auf dem Spiel. Sie können nicht wegen gemeinsamer europäischer Waffenexporte geopfert werden. Anstatt Deutschland zu drängen, seine Waffenverkäufe an SA wieder aufzunehmen, muss Frankreich seinen Garantien nachkommen und dem Beispiel Deutschlands bei der Beendigung der saudischen Waffenverkäufefolgen.



EINLEITUNG



Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) haben sich zu einer Reihe von Verordnungen verpflichtet. Sie sind sich auf regionaler und internationaler Ebene einig über Mechanismen, die die zahlreichen Auswirkungen des unregulierten oder schlecht regulierten Waffenhandels, des Konflikts, der regionalen Sicherheit und Stabilität und letztlich des menschlichen Leids verhindern und angehen sollen. Diese grundlegenden Mechanismen basieren auf völlig anderen Rechtsvorschriften als das humanitäre Völkerrecht (IHL). Allerdings gab es zwischen den EU-Mitgliedstaaten häufig Abweichungen im Aktionsplan. Die Mitgliedstaaten haben diese Regeln übernommen, mussten aber ihre nationalen Gesetze, Entscheidungsprozesse und politischen und wirtschaftlichen Interessen berücksichtigen. Diese Schwankungen wurden nach der Zunahme des Konflikts im Nahen Osten deutlich. Während einige EU-Staaten wegen des Konflikts mit dem humanitären Völkerrecht und der Verletzung der Menschenrechte die Ausfuhr militärischer Instrumente an die von Saudi-Arabien angeführte Koalition gestoppt oder eingeschränkt haben, haben andere weiterhin Waffen zur Verfügung gestellt.



In Italien und im Vereinigten Königreich haben die Parlamentarier mit Anträgen und Berichten reagiert, um druckzumachen, dass ihre Regierungen ihre Entscheidungsprozesse ändern oder bewerten. Organisationen der Zivilgesellschaft in vielen EU-Mitgliedstaaten, darunter Italien und das Vereinigte Königreich, haben darauf reagiert, indem sie die Legitimität dieser Exporte in Frage gestellt haben, wenn sie sich die regionalen und internationalen Abkommen und Standards ansehen und sie vor Gericht bekämpfen. Im Jahr 2019 stimmte der Court of Appeal in London mit der Zivilgesellschaft in jedem der Gründe überein, die von der Kampagne gegen waffenhandel (CAAT) gegen die Regierung des Landes vorgebracht wurden. Dieses Urteil stellte vor allem die Qualität des von der Regierung angenommenen Aktionsplans in Frage, um die Wahrscheinlichkeit zu bewerten, dass die exportierten Waffen und die militärische Instrumentierung nach SA eine Rolle bei der Begehung schwerer Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht im Jemen spielen könnten.

RÜSTUNGSINDUSTRIE IM LAND

Die Bundesregierung hat Waffenexporte in Länder unterzeichnet, die in die tödlichen Konflikte im Jemen und in Libyen verwickelt sind. Deutschland gehört zu den fünf größten Waffenexporteuren der Welt.

Die deutsche Regierung genehmigte im Jahr 2020 Waffenexporte in Höhe von insgesamt 1,16 Mrd. EUR (1,41 Mrd. USD) in Länder, die sowohl an den Konflikten im Jemen als auch an Libyen beteiligt sind. Das berichtete die Deutsche Presse-Agentur dpa unter Berufung auf das Wirtschaftsministerium des Landes. Deutschland hatte bis zum 17. Dezember Genehmigungen für den Export von Waffen und militärischer Ausrüstung im Wert von 752 Millionen Euro nach Ägypten unterzeichnet. Außerdem wurden deutschen Rüstungsunternehmen Geschäfte im Wert von über 305,1 Mio. EUR an Katar, über 51 Mio. EUR an die Vereinigten Arabischen Emirate, 23,4 Mio. EUR für Kuwait und rund 22,9 Mio. EUR an die Türkei genehmigt. Bahrain und Jordanien wurden Lizenzen in Höhe von 1,5 Mio. EUR in Höhe von insgesamt 1,7 Mio. EUR gewährt.



Die Aufschlüsselung wurde vom Ministerium auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Omid Nouripour von den Grünen gegeben. Der deutsche Sicherheitsrat hat heimlich Waffenlieferungen an Mitglieder der Kriegskoalition im Jemen erlaubt. Die europäischen Nationen haben Deutschland aufgefordert, sein Verbot von Waffenexporten in den Nahen Osten aufzuheben. Die Bundesregierung hat neue Militärexporte in die Vereinigten Arabischen Emirate genehmigt, obwohl sich die Regierungskoalition darauf geeinigt hat, Länder, die "direkt" am Krieg im Jemen beteiligt sind, nicht mehr mit militärischer Hardware zu versorgen.

Der Nationale Sicherheitsrat Deutschlands, ein geheimer Sicherheitsrat, der sich aus Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihren Ministern zusammensetzt, hat nach Angaben mehrerer deutscher Medien Lieferungen von Waffenteilen an Länder genehmigt, die direkt am Krieg im Jemen beteiligt sind, darunter Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Die Genehmigungen kommen zwei Wochen, nachdem die Bundesregierung ein Verbot von Waffenverkäufen an Saudi-Arabien verlängert hat, das ursprünglich nach dem Tod des Journalisten Jamal Khashoggi eingeführt wurde. Diese Verlängerung machte jedoch eine bedingte Ausnahme für Systeme, die gemeinsam mit anderen Ländern entwickelt wurden, inmitten der Wut über das deutsche Verbot einiger europäischer Partner, insbesondere Frankreichs und Großbritanniens.

Genehmigte Sendungen

- Der Sicherheitsrat billigte die Lieferung von "Technologie für die Produktion von Niedrigbett-Sattelanhängern" des Ulmer Unternehmens Kamag nach Frankreich, das dann ein fertiges Produkt nach Saudi-Arabien schicken wird.
- Weitere Exporte werden in die VAE gehen, darunter deutsch-französisch hergestelltes Zubehör für Artillerie-Tracking-Radarsysteme "Cobra".
- Eine Lieferung von drei gepanzerten Fahrzeugen der "Dingo" und 168 Sprengköpfen nach Katar wurde ebenfalls genehmigt.
- Weitere Lieferungen umfassen 92 elektrische Antriebe für den gepanzerten Personaltransporter "Fuchs" nach Algerien, 18.000 Zünder für Mörsergranaten nach Indonesien und 3.000 Panzerabwehrwaffen nach Singapur.



Waffenexporte in die VAE (Jemen Krieg Kontext)

Bis Ende der neunziger Jahre waren Frankreich und in geringerem Maße das Vereinigte Königreich die dominierenden Waffenlieferanten der VAE. Ab 2004 wurde die U.S.A. jedoch ihr Hauptlieferant, der alle anderen mit einer Reihe hochwertiger Geschäfte in den Schatten stellte; sie macht derzeit ein paar 63 % der Waffenimporte der VAE aus.

Im Jahr 2016 genehmigte Deutschland den Export von 203.448 Zündern für vierzig Millimeter Granaten, die von Junghans geschaffen wurden, sowie einer Panzerung im Wert von 126 Millionen Euro für Militärfahrzeuge, die von Dynamit-Moderatoren entwickelt wurden. Die Abgeordnete Agnieszka Brugger sagte: "Statt endlich alle Waffengeschäfte mit den Staaten zu stoppen, die im blutigen Krieg im Land zusammenarbeiten, ignorieren CDU und SPD den deutschen Rüstungsexport wieder einmal". Im Jahr 2016 erlaubte das Land den Export von Militärgütern im Gesamtwert von 154 Millionen Euro, was die VAE zum neunten Rüstungsexportziel der VAE Deutschland macht. Im Laufe der Jahre hat die MTU die Dieselmotoren für die Marine der VAE sowie ihre sechs Baynunah und eine Mischung aus Falaj-2-Korvetten sowie französischen Leclerc-Kampfpanzern zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2014 stellte das Land zusätzlich ein Paar Torpedoschiffe der Rmah-Klasse zur Verfügung. DST, Teil des deutschen Panzerherstellers Krauss-Maffei Wegman, arbeitet seit 2004 an den M109 Haubitzen der VAE; 2016 unterschrieben sie einen Dreijahresvertrag.

Top Arms beliefert die VAE mit Ländern

Uns	6672
FRANKREICH	1385
Russland	672
Italien	465
Schweden	309
Spanien	294
Turkei	227
Deutschland	183
Schweiz	123
Südafrika	67

Werte in Millionen

Saudi-Arabien und die VAE sind notwendige Kunden für amerikanische Konzerne. Zusammen machten die Länder im Zeitraum 2011-2015 19 Prozent aller US-Waffenexporte aus. In den letzten 2 Jahren hat Washington eine Vielzahl von Waffengeschäften genehmigt, die im Rahmen des aktuellen Krieges im Jemen möglich genutzt werden können. Sie umfassen 600 Zieljagdbomben (Methode GBU-12 Pave und GBU-31 Joint Direct Attack Munition oder JDAM).

Darüber hinaus wurden 2016 über vierzehn GK-Raketen nach Der Route Und Joint Direct Attack Munition (JDAM) für den Export zugelassen. Im Jahr 2016 genehmigte die scheidende Obama-Administration den Verkauf eines weiteren Apache-Angriffshubschraubers, der von Boeing in Höhe 3,5 Milliarden US-Dollar verkauft wurde. In einem 117-Millionen-Dollar-Deal lieferte Raytheon 2015/16 Klauenraketen für die Apachen der VAE, eine weitere wurde bestellt. Raytheon und NIMR Automotive (Teil der Emirates Defence Industries Company (EDIC)) aus Abu Dhabi statteten das gepanzerte Fahrzeug NIMR gemeinsam mit der Klauenrakete aus, die zuvor nur auf Hubschraubern und verschiedenen Handwerken gefunden wurde. IOMAX Erzeugel Handwerk wurde zur gleichen Zeit vor kurzem geändert, um die Krallen verwenden zu können. Im Jahr 2010 verkaufte IOMAX 24 bewaffnete Luftraktoren AT-802 an die VAE.

Im Jahr 2012 begann IOMAX mit der Produktion seines Thrush-Handwerks, genannt Erzengel, von dem die VAE 2014 24 kauften. Zunächst als landwirtschaftliche saniertes Handwerk, sind sie als Billig-Befriedungsflugzeuge weit verbreitet. Sie werden derzeit in offensiven Rollen im Jemen und in Libia eingesetzt, obwohl



sie ursprünglich als Patrouillenboote der VAE gekauft wurden. Die VAE haben Jordanien sechs AT802 und Ägypten zwölf AT802 gegeben.

Einer der größten Rüstungsdeals des Jahres 2017, der vor dem Nahost-Besuch von US-Präsident Trump im Jahr 2017 gemacht wurde, war ein Paar, das den Verkauf von Advanced Capability three (PAC-3) Defense Sale von Lockheed Martin und Raytheon mit einem Preis von über einer Milliarde hatte. Die VAE sind mit ihren älteren Raketensystemen im Jemen präsent, um Raketen abzufangen, die von gegnerischen Kräften eingesetzt werden. Es ist raffinierter als das Raketensystem THAAD (Terminal High Altitude Air Defense). Die VAE sind der primäre Golfnutzer des THAAD-Systems geworden, und Saudi-Arabien wird voraussichtlich nachahmern.

Im Jahr 2014 beantragten die VAE die Genehmigung, 500 minensichere Hinterhalt-geschützte Fahrzeuge (MRAPs) in verschiedenen Arten aus den Überschussbeständen des Pentagons zu kaufen, von denen bis März 2017 etwa fünfhundert geliefert worden waren. Die Auftragsgröße habe "Spekulationen ausgelöst, dass die VAE eine Reihe von Fahrzeugen an verbündete Streitkräfte übertragen wollten". Crocodilian MRAPs, zum Beispiel, wurden im südlichen Jemen gesehen und wurden von einheimischen Kräften betrieben, die von den VAE unterstützt wurden.



Im Jahr 2015 bestellten die VAE für 197 Millionen US-Dollar pilotlose Flugfahrzeuge (UAVs oder Drohnen) und vernetzte Bodensysteme von General Atomics. Sie wurden Anfang 2017 ausgeliefert. Diese Exportvariante des Predators wurde speziell so geändert, dass er keine Waffen tragen kann. Als Reaktion auf die Weigerung

der USA, ihre bewaffneten Versionen zu verkaufen, verkaufte Chinas Chengdu Craft Industries Cluster (CAIG), das eine Abteilung des chinesischen Mischkonzerns AVIC sein könnte, eine Vielzahl von Wing Loong one (Pterodactyl 1) Drohnen an die VAE. Diese Drohnen, die typischerweise als Chinas Raubtier beobachtet werden, wurden angeblich von den Vereinigten Arabischen Emiraten für Operationen im Jemen und in Libia eingesetzt. Einige der Drohnen waren mit südafrikanischen Targeting-Instrumentalität ausgestattet, obwohl nicht gesehen wurden, mit Raketen bewaffnet zu sein.

Seit einigen Jahren versucht das regionales Unternehmen Dassault Aviation, Rafale-Jets als Nachfolger seiner Mirage-Jets an die VAE zu verkaufen. Ein Vertrag - der auf 10 Mrd. USD geschätzt wird - wurde bisher nicht unterzeichnet. Im Zusammenhang mit diesem Verkauf beabsichtigen die VAE, ihre überflüssigen Mirage-Jets an Saudi-Arabien zu verkaufen. Paris soll jedoch nicht bereit sein, eine Genehmigung zu erteilen. Unterdessen werden die VAE-Mirages ausgiebig für Operationen im Jemen genutzt, zusammen mit dem Luftwaffenstützpunkt Assab in Eritrea. Im Rahmen eines Auftrags in Höhe von 800 Mio. EUR lieferte das französische Unternehmen CMN 2011 die primäre von sechs Korvetten der Baynunah-Kategorie an die Marine der VAE; die folgenden fünf wurden auf der ADSB montiert. Diese Kriegsschiffe nehmen seit 2015 an Militäroperationen rund um den Jemen teil.

Der Wichtigste Handel mit den Vereinigten Arabischen Emiraten zwischen 2009 und 2013 war die Bereitstellung von fünfzig Pantsyr mobilen Verteidigungssystemen (auf deutschen MAN-Lkw), zusammen mit SA-19-Raketen, für wurde geschätzt, um USD 720-800 Millionen kosten. Der größte Auftrag der 2017 IDEX internationalen Verteidigungsausstellung war zwischen den Vereinigten Arabischen Emiraten und der nach Russland assoziierten Exportagentur JSC Rosobor für eine Reihe von Panzerabwehrwaffen, zu einem Preis von USD 709 Millionen. Ein viel beantes Projekt über ein gemeinsames kampffjet-russisches Kampfjetprojekt der VAE verzögert sich weiter. Kooperationspläne scheinen mit dem Druck auf die USA verbunden zu sein, F-35-Kampfjets in die Vereinigten Arabischen Emirate zu liefern.



Im Jahr 2013 lieferte die italienische Fincantieri-Arbeit das nationale Hauptstadt-Kampfschiff und zwei schwer bewaffnete Falaj ein Paar Militärdienstpatrouillenschiffe in die VAE. Es verbesserte auch die einheimische Al-Fattan Arbeit. Verschiedene italienische Konzerne haben Radargeräte und Militärgewehre für die sechs Baynunah-Korvetten geliefert, die unter der französisch-emiratischen Zusammenarbeit entwickelt wurden.

Ein Jahr später verkaufte Piaggio acht Hammerhead-Drohnen im Rahmen eines Vertrags über 316 Millionen Euro an die VAE. Der Hammerhead ist die unbemannte Version seines P180 Business Craft. A version crashed in trials in 2016, but the company officers say deliveries to the UAE unit are on the right track to start in 2018. Seit 2015 ist Piaggio vollständig im Besitz von Mubadala, einem Mitarbeiter einer in Abu Dhabi ansässigen Investmentfirma.

DEUTSCHE REGIERUNGSPPOSITION ZUM EXPORT IM LEICHTGEWICHT DES LANDKRIEGES

The Houthi movement is a Shia-led religious-political movement that emerged in Sa'dah, during the Nineties. Sie kämpft seit 2004 immer wieder gegen die Regierung. 2011 trat Präsident Ali Abdullah Saleh als Folge des Arabischen Frühlings im Rahmen eines von der GCC vermittelten Abkommens zurück. Die neue Regierung übernahm unter der Führung von Präsident Abd-Rabbu Mansour Hadi, Salehs ehemaligem Stellvertreter. Allerdings war die neue Regierung völlig unfähig, die Herausforderungen des Jemen, seinen Staat und seine Korruption anzugehen.

Taking advantage of Hadi es lack of broad and popular support, the Houthis cemented their relationship with Saleh in late 2014. Neben der Erleichterung und zusätzlichen Unterstützung des Putsches des jemenitischen Militärs übernahmen sie die Kontrolle über die Hauptstadt und einen Großteil des Nordwestens des Landes. Im August 2015 schickte die Koalition Landtruppen, um die gepanzerte Brigade aus den Vereinigten Arabischen Emiraten zu unterstützen. Die Koalition erhielt auch nachrichtendienstliche Unterstützung aus den USA und Frankreich.

Als Folge des anhaltenden Konflikts litten die Menschen des Landes immens: drei Millionen Menschen sind aus ihrer Heimat geflohen; Mindestens zehntausend Menschen werden getötet, Zehntausende werden verwundet. Der Konflikt und die Militäraktion der Koalition (offiziell, um Rebellen daran zu hindern, Waffen zu bekommen) haben eine humanitäre Katastrophe ausgelöst, die 70 % der Bevölkerung, die aus 27,4 Millionen Menschen besteht, die Hilfe benötigen, verursacht hat. Damit verbunden ist eine beispiellose Epidemie der übertragbaren Krankheiten, die diese schlimme Situation seit 2017 verärgert hat.

In den Worten der WOHA: "Absichtliche militärische Wege, die die Wirtschaft zerstören, haben das ohnehin schwache und verarmte Land in Richtung sozialer, wirtschaftlicher und institutioneller Kollaps geführt. Die Menschen auf dem Land haben lange genug gelitten, und keine humanitäre Reaktion kann den zunehmenden Wunden begegnen, die der Krieg zufügt. Nur Frieden kann das Leiden beenden. Es ist an der Zeit, dass die Kämpfer genau die Menschen, für die sie kämpfen, in den Mittelpunkt ihrer Probleme stellen und die Kämpfe beenden."

Im Oktober erklärte die Bundesregierung, das 2018 für das Königreich Saudi-Arabien verbindliche Waffenexportverbot um ein Jahr verlängert zu haben. Auch 2020 gehörten die arabischen Staaten zu den wichtigsten Empfängern deutscher Militärwaffenlieferungen. Kürzlich genehmigte Deutschland den Export von Flugabwehrpanzern nach Katar und Patrouillenbooten nach Ägypten. Damit setzt sich ein Trend fort, der zu Beginn des Jahrtausends begann und sich seit 2010 intensiviert hat. Zwischen 2018 und 2020 kauften Ägypten, Algerien, Katar, das Königreich Saudi-Arabien und zusätzlich die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) deutsche Militärintstrumente im Wert von rund 4,7 Milliarden Euro, was einem Viertel des Gesamtumsatzes entspricht. Unter den "Drittstaaten", die weder Allianzmitglieder noch Allianzmitgliederäquivalente einheiten, macht der Anteil dieser fünf Länder die größte Menge aus wie 70 Jahren aller deutschen Verkäufe militärischer Waren aus. Lediglich die Exportlizenzen für Kleinwaffen sind in den letzten sechs Jahren deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig machen produkte aus deutscher Herkunft weniger als einen Bruchteil aller von diesen Ländern gekauften Waffen aus. Nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) ist der Nahe Osten einer der weltweit größten Waffenimporteure. Allein das Königreich Saudi-Arabien entfiel zwischen 2015 und 2019 auf die meisten weltweiten Waffenimporte.

Waffenexporte ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND VAE VON 2010 BIS 2021

Gemessen an den erteilten Lizenzen gehören die arabischen Staaten auch 2020 zu den größten Empfängern deutscher Rüstungsexporte. Damit setzt sich ein Trend fort, der seit den 2000er Jahren und insbesondere seit 2010 trotz des kürzlich verlängerten verboten Waffenexporte nach Saudi-Arabien zu beobachten ist. Von 2018 bis 2020 hat sich der Wert der Exportlizenzen für die 5 wichtigsten arabischen Kundenländer im Vergleich zum vorherigen Betrag verringert. Ihr Anteil an den gesamten Exportlizenzen bleibt jedoch bei über 25 Prozent. Was die regionale Entwicklung betrifft, so ist dies oft problematisch. Die Außenpolitik der wichtigsten Kunden hat sich in den letzten Jahren verändert, da sie weniger vorhersehbar werden und die Tatsache, dass es eine große Bereitschaft gibt, militärische Mittel einzusetzen, um ihre persönlichen Interessen geltend zu machen. Militärische Ausrüstungsexporte könnten daher dazu beitragen, die verschiedenen zwischenstaatlichen Konflikte innerhalb des Nahen Ostens und des geografischen Gebiets zu verstärken, was wiederum Risiken nach Deutschland und in die EU bringt. Gegen die Szene Deutschlands und auch gegen die eigenen Exporthinweise der EU wird daher vorgeschlagen, den Export militärischer Waren in diese Länder zu stoppen.

Im Oktober hatte die Bundesregierung erklärt, das ab 2018 für Saudi-Arabien verbindliche Waffenexportverbot um ein Jahr zu verlängern. Im Jahr 2020 gehören die arabischen Staaten jedoch wieder zu den empfängersten deutschen Militärinstrumentenlieferungen. Kürzlich genehmigten europäische Länder den Export von Flugabwehrkanonenpanzern nach Katar und Patrouillenbooten nach Ägypten. Damit setzt sich ein Trend fort, der zu Beginn des Jahrtausends begann und sich seit 2010 intensiviert hat. Zwischen 2018 und 2020 kauften Ägypten, Algerien, Katar, Saudi-Arabien und auch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) rund 4,7 Milliarden Euro an deutschen Militärinstrumenten, was einem Viertel des gesamten Verkaufs entspricht. Unter den "Drittstaaten", die weder Mitglieder der globalen Organisation noch globale Organisationsmitgliedersind sind, macht der Anteil dieser fünf Länder den Höchstbetrag von bis zu zweiundfünfzig Prozent des gesamten deutschen Verkaufs von Militärgütern aus. Lediglich die Exportlizenzen für Kleinwaffen haben sich in den letzten sechs Jahren deutlich verringert. Gleichzeitig machen in Deutschland hergestellte Waffen weniger als einen Bruchteil aller von diesen Ländern gekauften Waffen aus. Im Einklang mit der Hauptstadt des Schwedischen International Peace Analysis Institute (SIPRI) ist der Nahe Osten einer der weltweit größten Waffenimporteure. Allein auf Saudi-Arabien entfielen zwischen 2015 und 2019 zwölf Prozent aller internationalen Waffenimporte.



AUSWIRKUNGEN AUF DIE DEUTSCHE EXPORTPOLITIK

Angesichts der regionalen Entwicklungen sollte die Bundesregierung ihre Rüstungsexportpolitik gegenüber den arabischen Staaten im Wesentlichen überprüfen. Bisher gibt es nur undurchsichtige Hinweise auf seine politischen Pläne in Einzelfällen, zum Beispiel in Bezug auf Exporte in die Golfstaaten, die oft im Lichte der Bedrohung durch den Iran gemacht wurden. Entsprechende Argumente zum Thema Waffenexporte sind in der Vergangenheit auch von der akademischen Gemeinschaft zurückgekehrt. Im Einklang mit einigen soll die gezielte Bewaffnung einzelner Staaten eine abschreckende Wirkung bilden, die letztlich zu größerer regionaler Stabilität beitragen könnte. Ein weiteres Argument ist, dass Waffenexporte dazu verwendet werden, die bilateralen Beziehungen mit dem Kaufenden Land zu stärken und eine Größere politische Einflussnahme zu lassen.

Keines dieser Argumente wurde jedoch durch Versuch und Irrtum hinreichend bewiesen, und das Gebiet gilt heutzutage als äußerst polemisch. Solche Einschätzungen ignorieren meist auch die Tatsache, dass einzelne Empfänger deutscher Exporte Feinde des jeweils anderen sind – wie im Fall der Katar-Blockade deutlich wurde – oder dass militärische Waffen nicht nur defensiv, sondern auch in extraterritorialen regionalen Konflikten eingesetzt werden.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass deutsche Waffen und militärische Produkte bewaffnete Konflikte in der Region schüren und damit zur Destabilisierung der unmittelbaren Nachbarschaft Europas beitragen. Die Wahrscheinlichkeit, dass dies geschieht, ist angesichts der politischen Veränderungen unter den meisten Einkaufsländern noch höher. Mit Ausnahme der Tatsache, dass Exporte militärischer Waffen in Länder, die in bewaffneten Konfliktgebiete betroffen sind, kaum mit den deutschen Exportprinzipien vereinbar sind, liegt es im elementaren Interesse Deutschlands, einer solchen Entwicklung vorzubeugen. Schließlich hätten der Tod verschiedener Zivilisten innerhalb der geografischen Region und die Vertreibung von Flüchtlingen nach Europa keine kleinen Auswirkungen.

Die Ausweitung des Exportverbots für Saudi-Arabien sollte als Chance genutzt werden, die Lizenzpolitik gegenüber den gegenüberliegenden arabischen Staaten im Wesentlichen zu überdenken. Die Einstellung des Exports militärischer Instrumentalität und insbesondere von Kriegswaffen in diese Länder scheint angesichts der regionalen Entwicklungen die logische Konsequenz zu sein.

Schlussfolgerungen



Staaten wie Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate haben sich an militärischen Interventionen außerhalb ihrer nationalen Grenzen beteiligt, zusammen mehrere von weltweiten Organisationen oder den USA. Die Vereinigten Arabischen Emirate steigen rasch als Regionalmacht mit zusätzlicher aggressiver Politik auf, trotz ihrer sehr geringen Größe, und sie waren an Militäroperationen in Bahrain, Libyen, Syrien und schließlich im Jemen beteiligt.

Rüstungsexporte in das Land haben angesichts ihrer Verwendung im Jemen wichtige Aufmerksamkeit und Verurteilung erhalten. Dennoch haben ähnliche Transfers in die VAE weitgehend unangefochten stattgefunden. A part of the reason is that the 'Saudi-led coalition' has been very tight-lipped regarding operations distributed by individual coalition members.

Ein Fall ist der damit verbundene Angriff auf See im März 2017, bei dem rund 45 Menschen auf der Flucht aus dem Jemen mit Booten Menschen getötet wurden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die tödlichen Schüsse von einem Maschinengewehr auf einen Chopper stammten, "höchstwahrscheinlich von assoziierten Waffenschiffen" mit einer offengelegten internationalen Organisation. Die VAE werden in dem Bericht herausgehoben. In staatlichen Medien hatten die Emirate erklärt, sie wüssten, dass es sich bei dem Boot um ein ziviles Schiff handele. Wenn emirates-Truppen in dem Gebiet wären, so das Gremium, hätten sie den Verwundeten helfen oder sehen können, dass die UN-Agentur sie angegriffen hat. Sie erleichterten dies jedoch nicht, und sie arbeiteten auch nicht mit dem Gremium zusammen, sobald es um Wissen ersuchte.

Zuvor hatte die internationale Organisation festgestellt, dass "der Konflikt weitverbreitete Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch alle Konfliktparteien erlebt hat. Das Gremium hat sorgfältige Untersuchungen zu einer Vielzahl dieser Vorfälle durchgeführt und hat Grund zu der Annahme, dass die Koalition des Landes das humanitäre Völkerrecht nicht hoch im Wert genommen hat, und ein äußerst minimum von 10 Luftangriffen auf Häuser, Märkte, Fabriken und ein Krankenhaus gerichtet."

Im Jahr 2016 stellte die internationale Organisation gemeinsam fest, dass "die systematische Blockade einer Stadt oder eines Landes, als eine Reihe von Beligaring, um Produkte daran zu hindern, in das Land zurückzukehren und Menschen zu gehen, ernste Auswirkungen aus der Sicht des humanitären Völkerrechts aufwirft." Darüber hinaus koppelten die Streitkräfte der VAE Messgeräte an geheime Gefängnisse im Jemen, wo Häftlinge angeblich routinemäßig gefoltert werden.

Despite obvious problems, most arms selling countries continue selling weapons to the Saudi-led coalition, at the side of the UAE. In ähnlicher Weise scheinen die Verstöße der VAE gegen Embargos und ihre Abzweigung von Waffen zu nicht genehmigten Zielen manchmal keine größeren Folgen zu haben. Dass die VAE den Erhalt von Waffenexporten aufgrund ihrer Rolle bei der Verhängung eines Embargos für internationale Organisationen gegen die Houthis rechtfertigen und gleichzeitig UN-Resolutionen missachten können, um Ländern wie Katar und Saudi-Arabien unbefugte militärische Unterstützung zu gewähren, ist zutiefst beunruhigend.

Der anhaltende Waffenfluss in die VAE wirft ernsthafte Fragen auf, wenn der Mensch seine entscheidende Rolle in den Konflikten im Jemen beim Einsatz der Waffen und auch die Verstöße gegen Waffenembargos berücksichtigt. Die Staaten des Waffenhandelsvertrags (ATT) (z. B. EU-Staaten) und Unterzeichnerstaaten (wie die USA) haben sich zu den Bedingungen des Abkommens verpflichtet, das unter anderem vorsieht, dass die Mitgliedsstaaten "das Potenzial bewerten, dass die normalen Waffen oder Gegenstände:

- a. würde zu Frieden und Sicherheit beitragen oder diese untergraben;
- b. Könnte verwendet werden, um:
 - i. eine große Verletzung des humanitären Völkerrechts zu begehen oder zu erleichtern; Oder
 - ii. eine große Verletzung des internationalen Menschenrechtsrechts zu begehen oder zu erleichtern;

Stellt der verkaufende Mitgliedstaat bei der Durchführung dieser Bewertung und unter Berücksichtigung der erreichbaren Mildermaßnahmen fest, dass die Gefahr einer der negativen Folgen überwiegt, so genehmigt der verkaufende Mitgliedstaat die Ausfuhr nicht. Ebenso enthält der Gemeinsame Standpunkt der EU zur Rüstungsausfuhr acht Kriterien, die Staaten bei der Auswahl von Waffenexportlizenzen zu bewerten haben. Die EU-Staaten



müssen beispielsweise gezwungen werden, "assoziierte Exportlizenzen für militärische Technologie oder Instrumentalität zu verweigern, die bewaffnete Konflikte provozieren oder verlängern oder bestehende Spannungen oder Konflikte innerhalb des Ziellandes irritieren könnten". Viele Organisationen der Zivilgesellschaft, Politiker und andere haben von ihren Regierungen gefordert, Waffentransfers an am Krieg im Jemen beteiligte Parteien zu beschränken. As SIPRI notes: "Despite the proven fact that allegations of great violations of law of states by members of the coalition intervening in Yemen were raised in selling states in 2015, the flow of weapons continued hemmy. Tatsächlich haben sich die verkaufenden Staaten 2015 auf viele neue Vereinbarungen geeinigt, um eine große Anzahl fortgeschrittener Waffen an Mitglieder der Koalition zu liefern. Einige Regierungen erlauben sogar Exporte und neue Geschäfte, nachdem sie darüber informiert wurden, dass die Abkommen ihren Volkswirtschaften und insbesondere ihrer Rüstungsindustrie nützen."

Diese Entwicklung ist dem weltweiten Waffenhandel inhärent: Die Staaten rechtfertigen in der Regel Waffenexporte an Ziele, die in regionale Konflikte verwickelt sind, die Vordermann der Förderung der regionalen Sicherheit und gleichzeitig die Beschwörung nationaler Sicherheits- und Wirtschaftsprobleme. Offensichtlich werfen diese Fragen kollektiv Fragen zu den großen Waffenströmen in die VAE und auch zu den Folgen auf, die sie auf die regionale Stabilität in der Zukunft im weiteren Nahen Osten hat.

EMPFEHLUNGEN



Um die Schadenszufügung von Zivilisten in Konflikten im Jemen et al. innerhalb der MENA-Region zu verringern, werden die nachfolgenden Empfehlungen Gebietseinheit vorgeschlagen:

- VAE sollten ihre militärische Intervention im Jemen stoppen und auf eine friedliche Antwort durch UN-geführte Diplomatie hinarbeiten. Zweieinhalb Jahre Krieg haben allein zu zusätzlicher Instabilität, viel Gewalt, weniger Sicherheit und einem fatalen humanitären Zustand geführt.
- The VAE sollten aufhören, gegen Die Resolutionen der Weltorganisation zu verstoßen, die Waffentransfers und militärische Unterstützung für Staaten unterhalb des Embargos unterbinden.
- Die Weltorganisation sollte darauf hinarbeiten, die soziale Kontrolle von Waffenembargos zu stärken, indem sie Verstöße kriminalisiert.
- Die Weltorganisation sollte eine weltweite, freiberufliche Untersuchung einrichten, um den Einsatz aller Waffen im Jemen-Konflikt zu beobachten.
- Exportierende Staaten sollten die Waffenlieferungen an die VAE einstellen. Diese Waffengebietseinheit, die Gefahr läuft, innerhalb der Konflikte im Jemen und in afrikanischen Ländern eingesetzt zu werden, wird zur regelrechten Verletzung der Menschenrechte genutzt.
- Bestehende Lizenzen widerrufen: Königreich Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten, Bahrain, Kuwait, Jordanien, Sudan und afrikanische Nationale Einheit militärisch direkt besorgt innerhalb des Jemen-Krieges entweder durch ihre Teilnahme an den Luftangriffen, die Blockade oder durch die Vorbereitung von Landstreitkräften. Alle sollten daher bis zur Nachankündigung keine militärische Instrumentalität aus Deutschland erhalten. Die Bundesregierung muss alle Exportlizenzen widerrufen, die für Waffenexporte in diese Länder gewährt werden.
- Munitionslieferungen von Rüstungskonzernen mit deutscher Beteiligung stoppen Die Bundesregierung sollte Druck auf Rheinmetall ausüben, um zusätzliche Munitionslieferungen durch ihre ausländischen Tochtergesellschaften und Joint Ventures in die Länder der Koalition zu verhindern.

VERWEISE

- AL-OTAIBA, Y., “The Arab coalition is making progress against extremists in Yemen”, *The Washington Post*, 12 September 2018.
- Amnesty International, “When arms go astray: The deadly new threat of arms diversions to militias in Yemen”, available at <https://arms-uae.amnesty.org/en/> (last accessed on 16 March 2021)
- BAYOUMY, Y., and MOURAD, M., “Arab summit agrees on unified military force for crises”, *Reuters*, 29 March 2015.
- BERTRAND, N., SELIGMAN, L., and TOOSI, N., “Biden takes actions to protect LGBTQ rights worldwide, allow more refugees in US”, *Politico*, 4 February 2021.
- BORGER, J., and WINTOUR, P., “Biden announces end to US support for Saudi-led offensive in Yemen”, *The Guardian*, 4 February 2021.
- DELGADO, A., “Explainer: what is the Arms Trade Treaty?”, *The Conversation*, 23 February 2015.
- DOUGAN, D., *The Great Gun-Maker: The Story of Lord Armstrong*, Sandhill Press, 1992, 192.
- DOWARD, J., “Britain boosts arms sales to repressive regimes by £1bn”, *The Guardian*, 25 April 2020.
- EMMONS, A., and LEE, F., “State Department Team Led by Former Raytheon Lobbyist Pushed Mike Pompeo to Support Yemen War Because of Arms Sales”, *The Intercept*, 21 September 2018.
- FLEURANT, A., KUIMOVA, A., LOPES DA SILVA, D., TIAN, N., WEZEMAN, P.D., AND WEZEMAN, S.T., “The SIPRI Top 100 Arms-Producing and Military Service Companies 2018”, *SIPRI*, December 2019 available at https://www.sipri.org/sites/default/files/2019-12/1912_fs_top_100_2018.pdf.
- FLEURANT, A., KUIMOVA, A., TIAN, N., WEZEMAN, P.D., AND WEZEMAN, S.T., “Trends in World Military Expenditure 2018”, *SIPRI*, April 2019, available at https://www.sipri.org/sites/default/files/2019-04/fs_1904_milex_2018.pdf.
- GAMBRELL, J., “UAE responds to AP report on deals with al-Qaida in Yemen”, *Associated Press*, 13 August 2018.
- GEARAN, A., HUDSON, J., and RYAN, M., “Biden recommits U.S. to global alliances, ends support for Saudi-led war in Yemen in first major foreign policy speech”, *The Washington Post*, 4 February 2021.
- GITTLESON, B., “Biden takes actions to protect LGBTQ rights worldwide, allow more refugees in US”, *ABC News*, 5 February 2021.
- GKKE, “Rüstungsexportbericht 2018 der GKKE”, Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), January 2019.
- GRILLOT, S., and STOHL, R., *The International Arms Trade*, John Wiley & Sons, 29 April 2013, 280.
- HILLIER, D., and WOOD, B., *Shattered Lives – the case for tough international arms control*, Oxfam Publishing, 15 December 2003, 100.
- HUBBARD, B., “Yemen Civilians Keep Dying, but Pompeo Says Saudis Are Doing Enough”, *New York Times*, 12 September 2018.
- Human Rights Watch, “Hiding Behind the Coalition: Failure to Credibly Investigate and Provide Redress for Unlawful Attacks in Yemen”, 24 August 2018, available at <https://www.hrw.org/report/2018/08/24/hiding-behind-coalition/failure-credibly-investigate-and-provide-redress-unlawful>.
- KOLODKIN, B., “What Is Arms Control?”, *ThoughtCo.*, 10 January 2020.
- FERRO, L., “Western Gunrunners, (Middle-)Eastern Casualties: Unlawfully Trading Arms with States Engulfed in Yemeni Civil War”, *Journal of Conflict and Security Law*, 2019.
- MICHAEL, M., and WILSON, T., “AP Investigation: US allies, al-Qaida battle rebels in Yemen”, *The Associated Press*, 7 August 2018.
- MUÑOZ, C., “Pentagon denies reports of U.S. allies bribing, recruiting al Qaeda fighters in Yemen”, *The Washington Times*, 8 August 2018.

- OCHA, “2019 Yemen Humanitarian Response Plan (January-December 2019)”, *United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs*, 19 February 2019.
- PATH, N., “The 5 major arms exporters in the world”, *International Insider*, 13 March 2020.
- PERLO-FREEMAN, S., “Who is arming the Yemen war?”, *Boston: World Peace Foundation (Tufts)*, 19 March 2019.
- PLACHTA, M., and ZAGARIS, B., “Arms Trafficking and Transnational Human Rights”, *International Enforcement Law Reporter*, July 2019.
- PLAMONDON, A., “Defense Industries – Military History”, *Oxford Bibliographies*, 6 February 2012.
- QUINN, B., “Dozens of Saudi military cadets trained in UK since Yemen intervention”, *The Guardian*, 10 April 2019.
- Reuters Staff, “Saudi-led coalition launches air strikes throughout Yemen: residents”, *Reuters*, 23 April 2015.
- Reuters Staff, “Spain will go ahead with sale of 400 bombs to Saudi Arabia”, *Reuters*, 13 September 2018.
- SHARMA, S., “Cyber security for the defence industry”, *Cyber Security Review*, May 2015.
- TREW, B., “Inside the UAE's war on al-Qaeda in Yemen”, *The Independent*, 15 August 2018.
- Unicef, “Yemen Crisis”, available at <https://www.unicef.org/emergencies/yemen-crisis> (last accessed on 16 March 2021).
- WINTOUR, P., “Alleged breaches of international law by Saudi forces in Yemen exceed 500”, *The Guardian*, 13 July 2020.
- WINTOUR, P., “UK's Saudi weapons sales unlawful, Lords committee finds”, *The Guardian*, 16 February 2019.
- WISOTZKI, S., “Violating the Arms Trade Treaty: Arms Exports to Saudi Arabia and the Humanitarian Crisis in Yemen”, *Peace Research Institute Frankfurt*, 1 January 2018.
- X., “Abu Dhabi crown prince targeted by French torture probe: sources”, *France 24*, 17 July 2020.
- X., “Arms trade key statistics”, *BBC News*, 15 September 2005.
- X., “Weapons and Markets”, *Small Arms Survey*, 8 December 2014.



Deutsches Institut für
Demokratie
und Entwicklung



Mar 2021